



3. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 2024

Ausschuss des Jugendparlaments stimmt für Abänderungsantrag zum Smartphoneverbot-Gesetz

Vorschlag kommt einstimmig ins Plenum

Wien (PK) – Der Ausschuss des Jugendparlaments hat heute eine abgeänderte Version des vorgeschlagenen Smartphoneverbot-Gesetzes an Schulen ins Plenum geschickt.

Der ursprüngliche Plan der Regierung war es, dass Schüler:innen aller Schulstufen ihre Smartphones zu Schulbeginn abgeben müssen und diese erst nach dem Unterricht zurückerhalten. Bei drei Verstößen gegen das Verbot wäre ein Schulverweis erfolgt.

Da alle Klubs dagegen waren und diese Maßnahmen sehr extrem fanden, beantragten Abgeordnete der Klubs Orange und Weiß eine Änderung des Gesetzesvorschlags: Für Schüler:innen der ersten bis vierten Klassen ist ein komplettes Handyverbot vorgesehen. Schüler:innen der fünften bis achten Schulstufe sollen ihre Smartphones in der Pause und in den Freistunden verwenden dürfen. Und ab der neunten Schulstufe soll es erlaubt sein, das Handy zu verwenden, solange der Unterricht nicht gestört wird.

Beim Nichteinhalten der Regeln droht den ersten bis vierten Klassen ein Gespräch mit den Eltern. Ab der fünften Schulstufe soll es Klassenbucheinträge geben. Bei mehr als drei Klassenbucheinträgen drohen Gespräche mit den Eltern oder Sozialleistungen.

Vertreter:innen der Klubs Orange und Weiß erläuterten im Ausschuss ihre vorgenommenen Änderungen. Die Klubs berichteten außerdem von den Verhandlungen: Es habe einige verschiedene Meinungen gegeben, doch sie konnten sich schnell einigen. Auch der Violette und der Gelbe Klub äußerten ähnliche Vorstellungen und fanden den Änderungsvorschlag gut. Der Ausschuss entschloss sich einstimmig, den Vorschlag ins Plenum zu schicken. (Schluss) pra/pri/kar